

«Behandelt wie Gäste, die wieder gehen»

Verfassungsreferendum Deutschland rätselt über die türkischen Mitbürger: Sie leben in Freiheit und Demokratie, sagen aber Ja zu Erdogans antidemokratischen Plänen in der Türkei. Die Wählerstatistik befeuert die Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft.

Christoph Reichmuth, Berlin

Mesut, der seinen richtigen Namen nicht nennen will, wartet mit seinem Taxi beim Berliner Hauptbahnhof auf Kundenschaft. Reden über das Referendum in seiner Heimat will er zuerst nicht, dann aber spricht er doch, wenn auch vorsichtig. Der 37-Jährige hat mit Nein votiert. Warum, das kann er nicht recht erklären. «Ich weiss nicht, was Erdogan plant. Ich möchte bloss in Ruhe leben, und ich möchte, dass meine Familie in der Türkei in Frieden lebt.» Mesut hat auf sein Bauchgefühl gehört. Er habe Angst um die Sicherheit seiner Eltern in Istanbul.

Am Tag zwei nach dem knappen Ja zum Verfassungsreferendum, dessen Annullierung die türkische Opposition gestern wie angekündigt beantragt hat, sucht Deutschland nach einer Erklärung für das Wahlverhalten der in seinem Land lebenden Türken. 63,1 Prozent der Deutschtürken haben für die Verfassungsreform von Präsident Recep Tayyip Erdogan votiert, das ist ein deutliches Ja im Vergleich zu der knappen Zustimmung von insgesamt 51,3 Prozent. Während türkische Metropolen wie Istanbul oder Ankara den Plänen für ein Präsidialsystem gar eine Absage erteilt haben, war die Unterstützung für Erdogan in einigen deutschen Städten wie Essen (75,9 Prozent Ja-Stimmen), Stuttgart (66,3) oder Düsseldorf (69,6) geradezu wuchtig. Die türkische Gemeinde in Berlin (50,3 Prozent Ja-Stimmen) ist dagegen gespalten.

«Man muss sich zu unserer Verfassung bekennen»

Wie können Personen, die in einer Demokratie leben, Pläne für den Aufbau einer Autokratie mit Todesstrafe und Unterdrückung Andersdenkender in ihrer zweiten Heimat unterstützen? Cem Özdemir, Parteichef der Grünen, fordert ein Bekenntnis der Deutschtürken zu ihrer Wahlheimat. «Es gibt offensichtlich unter den Deutschtürken diejenigen, die glauben, es reiche aus, wenn man nur mit den Zehenspitzen auf dem Grundgesetz steht. Man muss sich aber schon ganz zu den Werten und zur Verfassung unseres Landes bekennen, wenn man hier auf Dauer glücklich werden will.»

Özdemir sieht Fehler in der Integrationspolitik der vergangenen Jahre. «Wir brauchen eine Strategie, die zum Ziel hat, Kopf und Herz der Deutschtürken zu erreichen.» Ähnlich sieht das die türkischstämmige SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe. Im Gespräch mit unserer Zeitung spricht sie von einer



In Deutschland stimmten viele Türken für die von Erdogan angestrebte Verfassungsreform.

Bild: Fabrizio Bensch/Reuters (Berlin, 16. April 2017)

verfehlten Integrationspolitik. «Viele Türken sind als Gastarbeiter in das Land gekommen – und wurden als Gäste, die bald wieder gehen, behandelt.» Die Sozialdemokratin fordert eine stärkere politische Teilhabe der Türken. «Menschen, die nicht mitreden dürfen, fühlen sich auch nicht als Teil der Gesellschaft. Dann taucht jemand wie Erdogan auf, der vorgibt, sich um diese Menschen zu kümmern.»

Die Türkei erhält bis 2020 EU-Beitrittshilfen in der Höhe von 4,5 Milliarden Euro. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach: «Die Milliardenzahlungen sollten umgeschichtet und zur Bekämpfung von Fluchtursachen verwendet werden.»

Das deutliche Ja der Deutschtürken zu Erdogans Plänen verleiht auch der Forderung der Union aus CDU und CSU Auftrieb, die Bedingungen für die 2014 eingeführte doppelte Staatsbürgerschaft

zu verschärfen. Einwanderer der zweiten und dritten Generation, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, sollen sich für eine Staatszugehörigkeit entscheiden, so die Forderung. Einig sind sich SPD und Union darin, die Türkei aus dem Europarat zu werfen, sollte das Land die Todesstrafe einführen. Allerdings soll die Türkei weiterhin Mitglied der Nato bleiben, so Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen: «Die Entwicklung in der Türkei macht es uns schwer, aber keiner sollte glauben, dass eine Türkei ausserhalb der Nato einfacher ist im Umgang als eine Türkei in der Nato.»

Taxifahrer Mesut hat Kundenschaft bekommen. «Europa braucht die Türkei, und die Türkei braucht Europa», sagt er zum Abschied. Vielleicht, sinniert er, hätten so viele seiner Landsleute mit Ja votiert, weil die Türkei in Deutschland seit Monaten in der Kritik stehe. «Es fehlt an Respekt uns Türken gegenüber.»

Islamistische syrische Rebellen feiern Erdogans Sieg

Erdogans knapper Abstimmungssieg hat in der arabischen Welt teilweise euphorische Reaktionen ausgelöst. «Die Geburt einer neuen Türkei wird das Gleichgewicht in der Welt wieder zu Gunsten des Islams verschieben», hofft der jordanische Kolumnist Yassar Zaatra. Die Hoffnung des Westens, die Muslime weiterhin zu unterjochen, sei «mit dem demokratischen Sieg» Erdogans gestorben.

Auch Saudi-Arabien, Katar und Bahrain feiern Erdogans Sieg als «grossen Erfolg». Ein türkischer Präsident mit nahezu unbeschränkten Vollmachten, so die weitverbreitete Hoffnung, könnte – wie einst die osmanischen Sultane – wieder offensiv im Mittleren Osten intervenieren. Vor allem die islamischen syrischen Rebellen erwarten von Erdogan

eine härtere Gangart im Bürgerkrieg. Diese werde der Region «Wohlstand und Fortschritt» bringen, freut sich die palästinensische Hamas. «Wir danken Allah für seine weise Führung des türkischen Volkes und erbitten eure Unterstützung für unsere Revolution», kabelte die «Freie Syrische Armee» nach Ankara.

In einem Leitartikel des britischen «Independent» erinnerte Patrick Cockburn daran, dass die Türkei von Feinden umgeben sei. Für Syrer, Kurden, Iraner und Russen werde es einfacher werden, die von Erdogan verursachte tiefe Spaltung des Landes auszuschlachten und weiter zu verschärfen, befürchtet der Nahost-Korrespondent der Zeitung.

In der Türkei wurde der Ausnahmezustand gestern verlängert. (mwl)

Aussenpolitiker reagieren mit Zurückhaltung und leiser Hoffnung

Schweiz-Türkei Wie soll die Schweiz mit der neuen Türkei umgehen? «Die Schweiz muss nun den Dialog mit der Türkei fortsetzen – wenn nicht sogar intensivieren», sagt der Zürcher SP-Nationalrat Martin Naef. «Eine gute diplomatische Beziehung zu Ankara ist jetzt sehr wichtig.» Dabei müsse der Bund Menschenrechtsverletzungen mit deutlichen Worten anprangern. «Es ist aber sicher nicht die Aufgabe der Schweiz, Weltpolitist zu spielen», sagt er.

Naef sieht den Europarat in der Pflicht. Dort könne die Schweiz Einfluss nehmen, um die Türkei anzumahnen. Die oberste Aufgabe sei nun, die Sicherheit der hiesigen türkischen Diaspora zu gewährleisten und den Türken beizustehen, die unter dem neuen Erdogan-System noch mehr unter die Räder kämen. Die grüne Nationalrätin Sibel Arslan plädiert für Zurückhaltung. «Die Resultate sind noch nicht endgültig, die Schweiz

kann ruhig zuwarten», sagt die Baslerin. Unmittelbar habe sich die Situation beruhigt. Wichtig sei, dass jetzt die Be-

«Es ist sicher nicht die Aufgabe der Schweiz, Weltpolitist zu spielen.»

Martin Naef
SP-Nationalrat (Zürich)

schwerden in einem fairen Verfahren geprüft würden. Das Abstimmungsverfahren bewertet sie kritisch.

Türken in der Schweiz stark politisiert

Die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin findet: «Die Probleme müssen direkt angesprochen werden, und die Schweiz muss darauf pochen, dass Erdogan die Grundrechte einhält.» Riklin betont, dass man nicht die ganze Türkei abstrafen dürfe. «Immerhin hat knapp die Hälfte der Bevölkerung gegen die Einführung des neuen Präsidialsystems gestimmt.» Gerade die Türken in der Schweiz haben die Verfassung mehrheitlich abgelehnt; sie sind stark politisiert, weil viele in den 1980er-Jahren nach dem Militärputsch als Flüchtlinge in die Schweiz kamen. Die Türken in Deutschland, Frankreich und Belgien hingegen waren grösstenteils Arbeitsmigranten,

welche die Verfassungsänderung befürworteten. Ob nun mehr Regierungskritiker in der Schweiz Zuflucht suchen werden, ist offen. «Wenn die Todesstrafe eingeführt und der Notstand verlängert würde, müsste mit mehr Asylanträgen gerechnet werden», sagt Arslan.

«Alarmismus ist jetzt sicher falsch»

«Alarmismus ist für die Schweiz jetzt sicher falsch», sagt Roland Büchel, SVP-Nationalrat und Präsident der Aussenpolitischen Kommission. Vielleicht müsste sich Erdogan nun, da der Druck der Abstimmung weg sei. «Die Unruhe hat dem recht intensiven Warenaustausch zwischen der Schweiz und der Türkei geschadet», sagt der St. Galler. «Das Land hat mit seinen 80 Millionen Einwohnern und vielen gut gebildeten Leuten ein viel grösseres Potenzial.» Unmissverständlich klar zu machen sei aber: «Hier in der

Schweiz akzeptieren wir von Erdogan nichts: keine Bspitzelung und keine Konflikte, die hierzulande stellvertretend ausgetragen werden.» Wichtig sei, dass Erdogan nun nicht von der Europäischen Union belohnt werde: «Die Schweiz muss sich dafür einsetzen, dass die EU die Visabefreiung für Türken im Schengen-Raum aufschiebt.»

Wenn Erdogan die Türkei wie angekündigt von der EU distanzieren, dürfe sich die Schweiz dabei nicht unter Druck setzen lassen, bemerkt der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller. Aussenminister Burkhalter werde den Kontakt zu seinem türkischen Aussenminister weiter pflegen. Klar sei: «Die Todesstrafe ist nicht akzeptabel. Und sie darf sicher kein Freipass zur Eliminierung von Leuten sein, welche die Meinung des Präsidenten nicht teilen.»

Michel Burtscher, Fabian Fellmann